



Der AefU-Jahresbericht 2012

Martin Forter, Rita Moll, Ursula Ohnewein, Emmanuel Martinoli, Edith Steiner

1 Schwerpunktthemen

1.1 Katastrophenschutz bei Atomunfällen

Januar 2012:

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) lässt in Zusammenarbeit mit den Standortkantonen **neues Informationsmaterial zum Verhalten bei schweren Unfällen in Atomkraftwerken** (AKW) verteilen. Die Kantone hätten über nichts Aktuelles mehr verfügt, so das BABS Ende Januar 2012 an einer Medienkonferenz in Bern. **Doch was das BABS als Neuheit anpries, ist längst veraltet.** Denn: Die Erkenntnisse aus der Atomkatastrophe von Fukushima hat das BABS bis heute nicht berücksichtigt, wie die AefU in einer Medienmitteilung festhielten. Dazu Willi Scholl, Babs-Direktor: „Wir sind noch nicht so weit, wie wir sein sollten“. Somit ist für die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (Aefu) klar: der Notfallschutz ist bei schweren Atomunfällen nicht gewährleistet, wie es das Gesetz verlangt. Deshalb fordern die AefU insbesondere die sofortige Stilllegung der alten AKW Mühleberg und Beznau.

April 2012:

Wo steht in der Schweiz der Katastrophenschutz bei Atomunfällen? Was kann er, was kann er nicht? Welche Funktion fällt dabei den ÄrztInnen zu? Wie ist der allgemeine Umgang mit Radioaktivität? Um Antworten auf diese Fragen zu erhalten, besuchten über 50 HörerInnen die **AefU-Tagung „Unter Kontrolle? – Radioaktivität in Atomindustrie und Medizin“**, die wir zusammen mit den Ärztinnen und Ärzten für soziale Verantwortung/gegen den Atomkrieg (PSR/IPPNW) am 29. April 2012 in Solothurn organisiert haben. Zehn fachkundige ReferentInnen beantworteten diese Fragen offen und erfreulich ungeschminkt. Sie thematisierten ebenso, wie Grenzwerte festgelegt werden, wie Strahlenschutz funktioniert, welcher Strahlenbelastungen PatientInnen bei der Computertomographie (CT) ausgesetzt sind und was ÄrztInnen deshalb über CT wissen müssen. Die Referate sind auf www.aefu.ch unter Forum Medizin & Umwelt, [19. Forum Medizin & Umwelt](#) zu finden

Juli 2012:

Nach der Atomkatastrophe von Fukushima hat der Bundesrat eine interdepartementale Kommission namens **Ida Nomex** beauftragt, den **Notfallschutz bei Atomunfällen zu überprüfen**. Im Juli veröffentlichte der Bundesrat den Bericht. Unter dem Titel „**Schwere Mängel beim Katastrophenschutz**“ hielten die AefU in einer Medienmitteilung fest, dass in der Schweiz bei schweren Atomunfällen der Katastrophenschutz nicht gewährleistet ist, obwohl das Kernenergiegesetz einen funktionierenden Katastrophenschutz als Voraussetzung für den Betrieb der AKWs nennt. Die AefU forderten deshalb die sofortige Stilllegung zumindest der Altreaktoren Mühleberg und Beznau.



September 2012:

Fukushima in Mühleberg - was wenn? 185'000 Menschen im Gebiet von Mühleberg über Bern und Sursee bis zur Reuss müssen ihre Häuser für immer verlassen. 10'000 km² Land sind kontaminiert. Das entspricht einem Viertel der Fläche der Schweiz. Der Aufenthalt am Bielersee ist gefährlich: der See strahlt über Jahrzehnte stark radioaktiv. Mit anderen Worten: Passiert Fukushima im AKW Mühleberg sind weite Teile der Schweiz zerstört. Dies zeigt der **neue, animierte Kurzfilm «Was passiert, wenn Fukushima in Mühleberg geschieht?»**, den die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU), die Ärztinnen und Ärzte für soziale Verantwortung (PSR/IPPNW) sowie Greenpeace am 6. September an einer Medienkonferenz in Bern präsentierten. Der Film basiert auf den Resultaten einer neuen Studie des renommierten Öko-Instituts Darmstadt. Er zeigt: Geschieht Fukushima im AKW Mühleberg sind weite Teile der Schweiz zerstört. Deshalb gehört der Altreaktor sofort abgeschaltet. Die Studie thematisiert erstmals auch den Austritt von radioaktivem Wasser aus dem havarierten AKW Mühleberg. In den bisherigen, weltweiten Unfallszenarien waren AKWs bei Unfällen immer dicht.

Seit der Medienkonferenz, die wir in Zusammenarbeit mit PSR/IPPNW und Greenpeace durchführten, haben über 34'000 Menschen den Kurzfilm im Netz angeklickt. Zudem wurden zwei Vorstöße zum Thema im Nationalrat eingereicht.

Sie finden den Kurzfilm, die Studie des Öko-Instituts Darmstadt, die Statements von AefU, PSR/IPPNW und Greenpeace sowie weitere Unterlagen **auf www.aefu.ch**.

Dezember 2012:

Das Atomkraftwerk Mühleberg: ganz – kaputt – scheinbar intakt – in Flammen. Die neue Changeant-Karte «Mühleberg ganz & kaputt» haben wir anlässlich unseres 25-jährigen Jubiläums herausgegeben. Die AefU rufen mit dem Wackelbild des maroden Atomkraftwerks dazu auf, Mühleberg noch rechtzeitig abzustellen, bevor es kippt.

Da die Ärztinnen und Ärzte für soziale Verantwortung/gegen den Atomkrieg (PSR/IPPNW), die Grünen des Kantons Bern und der WWF Bern mitgemacht haben, konnten wir eine Auflage von 11'000 Karten drucken. Die Meisten davon wurden im Kanton Bern vor der Abstimmung vom 3. März 2013 über «Erneuerbare Energie für Bern» verteilt, die knapp verloren ging.

Eine Animation der Changeant-Karte finden Sie unter www.aefu.ch



1.2 Umweltmedizinisches Beratungsnetz

1.2.1 Allgemeines

Das Beratungsangebot wurde auch dieses Jahr in kleinem Rahmen aufrechterhalten und durch Edith Steiner betreut. Das Beratungstelefon war am Mittwoch von 9 bis 11 Uhr bedient, Anfragen konnten auch elektronisch gestellt werden. In den Schulferien war das Telefon mehrheitlich nicht bedient.

Telefonnummer: 052 620 28 27
email: Umweltberatung.aefu@bluewin.ch

Wir erhielten finanzielle Unterstützung durch die Stiftung „Drittes Millenium“ (Fr. 5000.--) für die Beratungsstelle und vom Bundesamt für Umwelt (Fr. 6000.--) themenbezogen für vertiefte Abklärungen von PatientInnen mit Elektrohypersensitivität.

Es wurden bis am 13. November 2012 insgesamt 54 Anfragen bearbeitet, die meisten Anfragen betrafen EMF.

1.2.2 Aktivitäten

Pilotmässige Evaluation der Herzvariabilität als Instrument für vertiefte Abklärungen bei Elektrosensibilität (6000 Franken vom BAFU zur Verfügung)

Objektivierung anhand simultaner Messung der Herzvariabilität über 24 Stunden und der alltäglichen Magnetfeld- und Funkbelastung, parallel Tagebuch.

Stressverhalten mittels Schellongtest (5 Minuten liegen, 7 Minuten stehen, 5 Minuten liegen) unter gleichzeitiger Aufzeichnung des HVR und des Blutdruckes) und Provokationstest zur Erfassung bzw. Ausschluss von Kurzzeiteffekten mit doppelblinder Exposition durch einen WLAN-Accesspoint oder einer Basisstation eines DECT-Telefons (zuerst Schellongtest, dann über 15 Minuten, liegend, drei Belastungspakete).

Herr Durrer konstruierte eine Provokationsbox, geeignet für WLAN-Accesspoint oder DECT-Basisstation und instruierte Edith in der Auswertung der Magnetfeldaufzeichnungen und der Exposimetrieauswertung. Herr Durrer leiht Geräte aus für Fr. 50.--, Auswertung durch Edith.

Edith kaufte für Ihre eigene Praxis ein HVR-Gerät. Die Aufzeichnungen werden von Frau Dr. Eller in Wien für Fr. 200.-- ausgewertet, Transfer über den Server der Firma Schiller. Eine elektrosensible Patientin stellte sich für ein Probe-HVR und einen Stresstest zur Verfügung. Es wurden von zwei Netzärztinnen mit zwei elektrosensiblen Patienten zwei vertiefte Abklärungen durchgeführt mit Herzvariabilität und simultaner Aufzeichnung der Hochfrequenz- und Niederfrequenzbelastung.

Das 24-Stunden HVR wurde von den NetzärztInnen als sehr nützliches Instrument aufgenommen (Versachlichung der Stressachse und der EMF-bezogenen Beschwerden).

Für Kurzzeiteffekte eignet sich die HVR nicht, zu wenig standardisiert (Hintergrundbelastung, Frau Dr. Eller beurteilt nur 24-Stunden-Aufzeichnungen).



Zwei Vorträge mit Heike Grossmann an Hausarztfortbildungen (Bülach und Zürich) zum Thema Umweltmedizin in der Grundversorgerpraxis.

Intensive Begleitung von drei Antennenfällen und zwei Geräuschfällen, was sehr viel Zeit beanspruchte.

Einer dieser Fälle ist kombiniert veterinärmedizinisch und humanmedizinisch, deshalb Kontakt mir Professor Hässig vom Tierspital Zürich.

Brückenschlag zwischen Erfahrungswissen und Universitätsklinik.

Es wurden zwei Kontakte mit Professoren unternommen, mit Professor von Känel, psychosomatische Abteilung Inselspital und Professor Vernazza, Infektiologie mit Erfahrungswissen in chronique fatigue, Kantonsspital St. Gallen, mit diversen Anliegen betreffend Therapie von elektrosensiblen PatientInnen und vertiefter diagnostischer Abklärung. Beide zeigten Interesse am Thema. Auch Professor Hässig ist interessiert an einem Austausch.

Herr Adrian Weitnauer und Herr Josef Peter wurden eingeladen, um zum Thema „dirty power“ zu diskutieren.

Herr Adrian Weitnauer, Herr Markus Durrer und Charles Henry selig leisteten immer wieder **kostenlose Beratungen** zu technischen Fragen von Edith.

Herr Adrian Weitnauer zieht sich aus dem Beratungsnetz zurück, weil er eine Dozententätigkeit an der Fachhochschule Buchs als Elektroingenieur aufnimmt, Kontakt wird aufrechterhalten, vor allem im Hinblick auf vertiefte Abklärungen auf universitärem Level (Exposition, Deexposition etc).

Im Sommer wurde Edith Steiner angefragt, bei der Ausarbeitung des **internationalen Appells** mitzuwirken, was sie getan hat. Argumentation leider nicht ganz im Sinn von Edith, aber Forderungen entsprechen den Vorstellungen der AefU, basierend auf dem Vorsorgeprinzip.

Es erfolgte im Oktober 2012 eine Standortbestimmung mit Herrn Baumann, Leitung NIS BAFU.

Edith Steiner skizzierte ein kleines Projekt, um die veterinärmedizinische Fallsammlung von Herrn Josef Peter aufzuarbeiten. (Das BAFU plant diese Evaluation ins Projekt „Meldestelle von allfälligen EMF-Auswirkungen auf den Viehbestand“ einzubauen). Edith bittet um regelmässig einmal jährliche Sitzungen mit SECO, BAFU, BAG, was gutgeheissen wird.

Edith Steiner bittet um finanzielle Unterstützung, um auf klinisch universitärer Ebene besondere EMF-Fälle vertieft abklären zu können, was ebenfalls im Prinzip gutgeheissen wird. Als erster Schritt Schaffung eines EMF Boards.

Edith Steiner hatte im Dezember Gelegenheit bei den kantonalen Umweltfachstellen, das UMB und die AefU vorzustellen.

Edith Steiner bittet, EMF Anfragen bei den Umweltfachstellen systematisch zu erfassen: Bitte wird abgelehnt. Die Umweltfachstellen seien vom BAFU angehalten worden, alle Anfragen mit Beschwerden in Zusammenhang mit EMF direkt an uns weiterzuleiten.



2 AefU-Arbeitsgruppen

2.1 Arbeitsgruppe elektromagnetische Felder

Kerntätigkeit der Arbeitsgruppe, bestehend aus Yvonne Gilli, Cornelia Semadeni, Peter Kälin, Bernhard Aufderegg und Edith Steiner war weiterhin das kontinuierliche Studium aktueller Arbeiten zum Thema elektromagnetische Felder und Gesundheit.

Noch immer „tobt“ ein wissenschaftlicher Grabenkrieg um das uprading der Handystrahlung als möglicherweise krebserregend durch die internationale Krebsagentur.

Auf EMF-Datenbanken und EMF- Portalen werden täglich mehrere neu publizierte Studien aufgeschaltet, sowohl epidemiologische, als auch tierexperimentelle sowie Zellstudien. Die einen zeigen Effekte, die anderen wiederum nicht.

Die Ereignisse und Aktivitäten chronologisch:

Anfang Jahr positives Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes zur Hochspannungsleitung Wattenwil Mühlenberg, das Projekt geht zurück ans Bundesamt für Energie zur Neubeurteilung und konkreten Abklärung einer Verkabelung (Die AefU sind mit Peter Kälin im Verein Hochspannungsleitungen unter den Boden vertreten).

Im Februar 2012 wurden vom Bund die Konzessionen für Mobilfunkfrequenzen neu vergeben, was der Bundeskasse fast eine Milliarde Franken einbringt. Gelder für kontinuierliche Forschung sind nicht vorgesehen, obwohl Schweizer Wissenschaftler dies im Schlussbericht des NFP 57 empfehlen.

Die Einführung von Long Term Evolution (LTE) steht an, dieser von UMTS weiterentwickelte Mobilfunkstandard ermöglicht sehr hohe Übertragungsraten, kurze Verbindungszeiten und ermöglicht komfortables mobiles computing. Hierfür müssen bestehende Antennen aufgerüstet und neue errichtet werden.

Die WLANisierung des öffentlichen und privaten Raumes verdichtet sich immer mehr zu einem flächendeckenden hot spot.

Am 16. März 2012 lancierte die AG den Parlamentarierbrief „NIS soviel wie nötig, so wenig wie möglich“ mit dem Anliegen, bei künftigen Entscheiden den Vorsorgegedanken zu berücksichtigen. Zeitgleich gab die AefU eine Medienmitteilung heraus. Yvonne Gilli reichte danach zum Thema eine Interpellation im Nationalrat ein.

Im März 2012 publizierte die österreichische Ärztekammer eine Leitlinie zur Abklärung und Therapie von EMF-bezogenen Beschwerden und Krankheiten, ein Konsensuspapier der AG EMF der österreichischen Ärztekammer, in welchem unsere AG konsiliarisch mitgewirkt hatte.

Im Mai 2012 publizierte die österreichische Ärztekammer in Allianz mit der AUVA, den ÄrztInnen und Ärzten für eine gesunde Umwelt, und der Wirtschaftskammer den Leitfaden Senderbau (Vorsorgeprinzip bei Errichtung, Betrieb Um-Ausbau ortsfester Sendeanlagen).

Das Schweizer Bundesamt für Umwelt publizierte im Frühjahr 2012 eine Bewertung der aktuellen Studien zum Thema elektromagnetische Hypersensibilität. Die Schlussfolgerung



dieser Bewertungsstudie bringt keine neuen Aspekte. Unter Laborbedingungen und Kurzzeitexposition sind bei Studien mit elektrosensiblen PatientInnen weder Symptome provozierbar, noch können diese Felder erkennen oder unterscheiden. Mehrfach zeigte sich, dass Erwartungshaltung Symptome provozieren kann, unabhängig von der tatsächlichen Exposition. Die Studienlage weise darauf hin, dass elektrosensible Personen einen erhöhten Sympathikotonus und eine allgemein erhöhte Erregbarkeit aufweisen. Es sei nicht auszuschliessen, dass durch die heute zulässige Elektrosmog Belastung einzelne Personen in ihrem Befinden beeinträchtigt werden könnten. Die Frage nach langfristigen Auswirkungen der EMF-Exposition auf das Befinden von elektrosensiblen und nicht elektrosensiblen Personen könne nach wie vor aus methodischen Gründen, wissenschaftlich nicht beantwortet werden.

Ungeachtet der vielleicht noch nicht abschliessend geklärten Kausalitätsfrage werden vom Bundesamt für Umwelt die Symptome als real eingestuft. Es sei nun an der Ärzteschaft sich der Betroffenen anzunehmen und mit geeigneten Therapieansätzen Linderung zu schaffen. (Anders ausgedrückt: Elektrosensibilität ist nicht EMF verursacht, deshalb kein Behördenproblem mehr).

Innerhalb des Bundesamtes für Umwelt findet eine Neuorganisation statt. Die bisher in der Sektion Luft eingebundene NIS-Abteilung wird neu in die Sektion Lärm eingebunden.

Im Frühjahr 2012 besuchten wir Pro Juventute, um das betreiberfinanzierte Handyprojekt „Primobile“ zu kritisieren (angeblich kindergerechtes Prepaidangebot für Kinder ab 9 Jahren, das mit dem Kinde mitwächst). Die Handyfunktionen können über die SIM Karte an Alter und Entwicklungsstufe des Kindes angepasst werden.

26.5.2012: Tod des langjähriger technischen Berater Charles Henry im Alter von 79 Jahren. Herr Markus Durrer wird künftig an seiner Stelle unsere Interessen in der Begleitgruppe der Revision der NIS-Vollzugsempfehlungen vertreten. Kondolenzspenden zu Gunsten der Arbeitsgruppe EMF.

Das Bundesgerichtsurteil heisst kommunale Kaskadenmodellplanungen gut, mit der Begründung, weil Antennen von der Bevölkerung in reinen Wohnzonen als ideelle Immissionen wahrgenommen werden.

Am 3. Oktober 2012 hielt Yvonne Gilli zum 10-jährigen Jubiläum der Forschungsstiftung Mobilkommunikation, ein kritisches Referat mit dem Anliegen unabhängiger praxisorientierter Forschung.

Italien: Eine Schadensersatzklage eines Arbeitnehmers mit Hirntumor infolge berufsbedingtem Vieltelefonieren wird gutgeheissen.

November: Gespräch mit Andre Masson, EMF interessierter Physiker. Er ist bereit, uns in technischen Fragen zu beraten.



2.2 Ökologie in der Arztpraxis

Wie kann in einer Arztpraxis Strom gespart werden? Kompetent Auskunft dazu gibt der neue Ratgeber Geräte, den die AefU im April in neuer Aufmachung auf ihrer Webpage www.aefu.ch aufgeschaltet haben. In einfacher Sprache gibt er für fast jedes Elektrogerät Tipps, sei es für den energiebewussten Einkauf neuer Geräte oder für deren sparsamen Betrieb. Da in der Arztpraxis viele Elektrogeräte zum Einsatz kommen, die auch zu Hause Verwendung finden, lässt sich mit dem neuen AefU-Ratgeber Geräte auch daheim auf einfache Art viel Strom sparen. Die Herausgabe des Ratgebers wurde unterstützt vom Bundesamt für Umwelt (Bafu), der FMH und von Energie Schweiz.

Der neue Ratgeber Geräte ist Teil unseres Projektes „Ökologie in der Arztpraxis“. Es hat zum Ziel, ÄrztInnen aller Fachrichtungen Informationen zu bieten, wie die Praxis nach ökologisch sinnvollen Gesichtspunkten eingerichtet und betrieben werden kann.

Mit Artikeln in verschiedenen medizinischen Publikationen wird und werden die verschiedenen Ratgeber einem breiten medizinischen Publikum zugänglich gemacht.

2.3 Arbeitsgruppe Gentechnologie

Ende November 2013 läuft das Moratorium für den kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen aus. Die AefU-AG Gentechnologie hat sich gemeinsam mit anderen Organisationen unter der Führung des Dachverbandes „Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie SAG“ in mehreren Entscheid findenden Sitzungen und internen Vernehmlassungen mit dem Szenario „wie weiter nach Ablauf des Moratoriums?“ auseinandergesetzt. Die AefU und die der SAG angeschlossenen Organisationen sind der Auffassung, dass das Moratorium verlängert werden muss. Die Eidg. Ethikkommission EKAH zielt mit ihrem neuen Bericht in dieselbe Richtung. Offiziell angeschlossen hat sich auch der Schweizerische Bauernverband mit seiner Forderung nach Verlängerung des Moratoriums. Ende September hat der Nationalrat mit einem deutlichen JA für eine Verlängerung des Gentechmoratoriums als Erstrat ein Zeichen gesetzt und damit auch unseren Verlängerungsforderungen zum Erfolg verholfen.

2.4 Arbeitsgruppe Arzneimittelrückstände im Wasser

Im Juni 2012 hat die Arbeitsgruppe die Studentin und die Forscherinnen der Eawag getroffen, die das Thema aufarbeiten. Mitglieder der AefU und insbesondere Vorstandsmitglieder haben in der Folge für Wirkstoffe, die gemäss den Erkenntnissen der Eidgenössischen Anstalt für Wasser, Abwasser und Gewässerschutz (EAWAG) ökologisch besonders heikel sind, Alternativen genannt. Die Masterarbeit, die daraufhin verfasst wurde, liegt der AefU noch nicht vor.

2.5 Arbeitsgruppe Luft /Sektion Pilatus

Unter dem Titel „Hohe Werte ultrafeiner Partikel - VCS und AefU fordern Massnahmen“ veröffentlichten wir am 14. Juni 2012 die Resultate eines Feinstaub-Messparcours in verschiedenen Schweizer Städten. Gleichentags fand am Abend in Luzern die Tagung „Luft ohne Schadstoffe – Beseitigung der Feinpartikel“ statt, die die AefU-Sektion Pilatus organisiert hat. Acht ReferentInnen berichteten über den neuesten Stand der Fein- und Feinstaub-Problematik, ihrer Kosten und ihrer gesundheitlichen Konsequenzen. Die



Medienmitteilung, eine Zusammenfassung der Tagung und die einzelnen Referate finden Sie auf www.aefu.ch/aktuell unter dem Datum 14.06.2012.

3 Allianzen mit anderen Organisationen

3.1 Tag gegen Lärm

In der Schweiz fühlen sich rund zwei Drittel der Bevölkerung durch Lärm gestört. Umso wichtiger, dass wir ab und an eine sogenannte Ruhe-Insel aufsuchen können. Doch vom Lärm verschonte Erholungsräume sind immer seltener zu finden. Auch in vermeintlich ruhigen Naturlandschaften breitet sich der Lärmteppich immer weiter aus. Unter dem Motto "Gesucht: Ruhe-Inseln" machte der diesjährige "Tag gegen Lärm" am 25. April 2012 auf die Verlärzung unserer Erholungsräume aufmerksam. Trägerorganisationen des Tags gegen Lärm sind die Vereinigung Schweizer Lärmschutzfachleute ([Cercle Bruit](#)), die Schweizerische Gesellschaft für Akustik ([SGA](#)), die Schweizerische Liga gegen Lärm ([SSL](#)) sowie die AefU. Die Bundesämter für Gesundheit (Bag) und Umwelt (Bafu) sind Partner des Anlasses.

<http://www.laerm.ch/de/tag-gegen-laerm/archiv/2012---gesucht-ruhe-inseln/2012---gesucht-ruhe-inseln.html>

3.2 Plattform Agotreibstoff

3.2.1 Entwicklungen 2012

Schweizerische Politik

In seinem Bericht vom September 2012 zur Beantwortung des Postulats «Reduktion der CO₂-Emissionen durch Beimischung von Biotreibstoffen zu Treibstoffen» (Jacques Bourgeois 2009) hält der Bundesrat fest, dass er die Förderung von Agotreibstoff nicht ausbauen will. Er führt dazu Argumente aus den Bereichen Energie, Klima, Ökologie und Gesellschaft an. Gemäss diesem Bericht bestätigen die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse die restriktive Haltung der Schweiz in dieser Frage.

http://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg_id=45949

2009 hatte die [Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats \(UREK-N\)](#) mit der Beratung der parlamentarischen Initiative von Rudolf Rechsteiner «[Agotreibstoffe. Indirekte Auswirkungen berücksichtigen](#)» begonnen. Am 6. November hatte die UREK-N das Thema auf der Grundlage des erwähnten Berichts sowie der Petition «Keine Agotreibstoffe» beraten, die von zahlreichen schweizerischen Organisationen lanciert wurde – unter ihnen die AefU – und im Februar 2012 mit über 60'000 Unterschriften eingereicht worden war.

Bad Zurzach

Die der Firma Green Bio Fuel erteilte Baubewilligung für eine Agotreibstoff-Fabrik ist am 24. Januar 2012 verfallen. Am folgenden Tag kündigte die Firma den Baubeginn an, nun mit einer neuen Zielsetzung. Biodiesel sollte neu mit Altöl hergestellt werden, statt mit der aus Mozambique eingeführten Jatropha-Pflanzen. In der Sendung ECO vom 24.9.12 auf SRF 1 weigerte sich die Firma, nähere Auskunft zu geben. Gemäss einer Schätzung von ECO sind die in der Schweiz verfügbaren Mengen an Altöl zu gering, so dass Green Bio



Fuel wohl auf Importe zurückgreifen muss. Das ist riskant, weil Altöl leicht manipuliert werden kann.

Die Bauarbeiten ruhen noch heute.

Europäische Union

Im Oktober 2012 hat die EU-Kommission einen neuen Vorschlag zur Qualität von Benzin und Diesel veröffentlicht. Ziel ist der Übergang zu Agotreibstoffen, welche die Treibhausgas-Emissionen erheblich reduzieren können. Die Kommission ist der Meinung, dass diese Agotreibstoffe sowie auch jene auf der Grundlage von Kulturen zur menschlichen oder tierischen Ernährung nach 2020 nicht mehr subventioniert werden sollten. Dies ist zwar ein kleiner Schritt, aber dennoch eine Wende in der Politik der EU, die bisher Agotreibstoffe auf breiter Basis fördern wollte. Der Vorschlag wird nun den Regierungen unterbreitet.

3.2.2 Wissenschaftliche Studie

Eine neue Studie der EMPA von September 2012 bringt die Erkenntnisse betreffend Ökobilanz diverser Agotreibstoffe auf den neusten Stand. Resultat: Nur wenige Agotreibstoffe sind umweltfreundlicher als Benzin.

http://www.empa.ch/plugin/template/empa/*/125607/---/l=1

3.3 Hochspannung unter den Boden

Erfolg für die Befürworter der Bodenverkabelung von Hochspannungsleitungen: Seit Frühling 2012 beschäftigt sich das Bundesgericht mit dem Projekt einer neuen Hochspannungsleitung zwischen Wattenwil-Mühleberg im Kanton Bern. Ein grosser Teil dieser Leitung führt durch Landschaftsschutzgebiete. Seit 8 Jahren kämpfen die Anwohner dieser Gebiete für eine Bodenverkabelung. Sie sorgen sich um ihre Gesundheit und um die Beeinträchtigung der schönen Landschaft. Das Bundesgericht hat nun in seinem Urteil vom 12. November 2012 entschieden, dass in allen Gebieten mit Schutzstatus Verkabelungsvarianten geprüft werden müssen. Es wurde auch festgehalten, dass es gerechtfertigt ist, für die Abklärung der Verkabelungsvarianten den Bezug eines international anerkannten, unabhängigen Experten anzuordnen, was von den Anwohnern schon lange gefordert worden war.

Dieses Urteil hat nicht nur Bedeutung für die betroffene Region, sondern für alle Regionen, in denen Menschen von ähnlichen Leitungsprojekten betroffen sind und hat somit grosse Bedeutung für die Zukunft.



4 Initiativen, die von den AefU unterstützt werden

4.1 Nationale Volksbegehren

4.1.1 Atomausstiegsinitiative

Die Aefu unterstützt die Atomausstiegsinitiative der Grünen. Sie fordert die Stilllegung des AKW Beznau ein Jahr nach Annahme der Initiative und eine Stilllegung der anderen AKWs nach einer Betriebsdauer von 45 Jahren – was noch immer zu lang ist. Die Initiative ist unterdessen fertig gesammelt und wurde am 16. November 2012 eingereicht. Dies ist umso wichtiger, weil der Bundesrat in seinem kürzlich vorgestellten Ausstiegsfahrplan keine konkreten Laufzeiten bzw. Abschaltdaten nennt.

http://www.grueneinitiativen.ch/web/grn/volksinitiative_atomausstieg/infos_atomausstieg

4.1.2 Energieeffizienz-Initiative

Eine ausserordentlich breite Trägerschaft aus Politik, Wirtschaft und Umweltorganisationen macht in der Energiedebatte Nägel mit Köpfen. Sie lanciert die „Stromeffizienz-Initiative“ mit dem offiziellen Titel „Eidgenössische Volksinitiative für eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung“. Die Initiative will durch ein ambitioniertes Effizienzziel den Stromverbrauch bis 2035 auf dem Niveau von 2011 stabilisieren. Die AefU sind mit ihrem Präsidenten Dr. med. Peter Kälin im Initiativkomitee vertreten. <http://stromeffizienzinitiative.ch/>

4.1.3 Initiative Öffentlicher Verkehr VCS

<http://www.verkehrsclub.ch/de/vcs/oefentlicher-verkehr/oev-initiative.html>

4.1.4 Landschaftsinitiative

www.landschaftsinitiative.ch

4.1.5 Klimainitiative

www.klimainitiativeja.ch

4.2 Kantonale Initiativen

4.2.1 Region Basel: Strassen teilen

Die neu lancierten VCS-Strasseninitiativen wollen auf den Strassen in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt mehr Platz für FussgängerInnen, Velos, Tram und Bus schaffen. Eine der zentralen Forderungen: Auf allen Strassen, die keine Veloweg oder Velostreifen haben, muss nach einer Übergangsfrist das Tempo auf 30 km/h reduziert werden, bis die entsprechende Veloinfrastruktur geschaffen ist. Die AefU-Sektion beider Basel unterstützt dieses Anliegen und ist durch den AefU-Geschäftsleiter Dr. Martin Forter im basel-städtischen Initiativ-Komitee vertreten.

<http://www.vcs-blbs.ch/de/in-der-region/strasseninitiative-bl-und-bs.html>



4.2.2 Biel: Städte-Initiative

Die Volksinitiative zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des ÖV (Städte-Initiative) wurde nach Erfolgen in anderen Städten nun auch in Biel lanciert und im Dezember 2012 eingereicht. Die AefU unterstützen das Volks-Begehr.

<http://www.staedteinitiative-biel.ch/>

4.2.3 Bern erneuerbar

Die Initiative «Bern erneuerbar» will

- den Strombedarf ab 2025 zu mindestens 75 Prozent und ab 2035 zu 100 Prozent
- und den Energiebedarf für Heizung und Warmwasser ab 2025 zu mindestens 50 Prozent, ab 2035 zu mindestens 75 Prozent und ab 2050 zu 100 Prozent

durch erneuerbare Energien decken. Der Gegenvorschlag will diese Ziele in 30 Jahren erreichen, verzichtet aber auf Zwischenziele. Die AefU unterstützen beide Anliegen. (Sie kamen am 3.3.2013 zur Abstimmung und wurden leider abgelehnt).

5 Vernehmlassungen

5.1 Chemikalienrisikoverordnung

Grundsätzlich geht die überarbeitete Chemikalienrisikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) in die richtige Richtung. Aber sie geht zu wenig weit. Sie reicht aus Sicht der AefU nicht aus, um Mensch und Umwelt vor den Risiken von gefährlichen Substanzen in all ihren Handelsformen zu schützen.

Die vorgeschlagene Neufassung ist ungenügend, weil sie die Herstellung, die Vermarktung und die Verwendung von besonders gefährlichen Substanzen durch Industrie, Gewerbe und VerbraucherInnen nur in den wenigsten Fällen verhindert. Die strukturellen Möglichkeiten des Verordnungsentwurfs erlauben weder nationale Prioritätensetzungen und Massnahmen noch geben sie ausreichende Partizipationsmöglichkeiten.

5.2 Anhörung zur Änderung der Luftreinhalteverordnung (LRV) im Bereich der Holzverbrennung:

Die AefU befürworten grundsätzlich eine bessere Nutzung von unbehandeltem Holz, wie dies die parlamentarische Initiative Siebenthal (10.500) anstrebt.

Wir erachten bei der vorgeschlagenen Revision aber das Risiko als zu gross, dass es zu Verwechslungen und Fehlbeurteilungen durch die Betreiber der Holzfeuerungen kommt: Behandeltes bzw. belastetes Holz lässt sich optisch oft kaum von unbehandeltem und somit nicht belastetem Holz unterscheiden. Behandeltes Holz aber darf wegen der Schadstoffemissionen keinesfalls in normalen Holzfeuerungsanlagen verbrannt werden. Um diese Gefahr auszuschliessen, lehnen die AefU die geplante Revision der LRV ab.

Basel, 25. März 2013